

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Echo der Pariser Konferenz.

Paris, 14. April. (Cca.) Die Mitteilungen, die die französische Morgenpresse über die gestrige Sitzung der französisch-belgischen Konferenz veröffentlicht, sind außerordentlich spätlich. Die Blätter begnügen sich in der Hauptsache damit, das amtliche Communiqué sowie einen längeren Havas-Kommentar ihrerseits auszulegen und zu ergänzen. Allein der „Petit Parisien“ macht eine Ausnahme. Millet schreibt in diesem Blatt, Poincaré schiene Theunis gegenüber trotz der persönlichen Eindrücke, die Loucheur aus London mitgebracht habe, dargelegt zu haben, daß man von

seiner großen Annäherung auf beiden Seiten des Kanals

sprechen könne und daß es augenblicklich nicht opportun sei, neue Verhandlungen mit England anzuknüpfen. Insbesondere gehe dies aus der letzten Unterhaltung mit dem englischen Geschäftsträger und der Unterhaltung des Grafen St. Aulaire mit Bonar Law hervor. Gleichzeitig schreibt das Blatt weiter, waren die beiden Ministerpräsidenten in ihrem Entschluß einig, sich auf die Fortsetzung der französisch-belgischen Anstrengungen im Ruhrgebiet zu beschränken, bis Deutschland sich durch

neue Vorschläge

dazu entschlossen habe, seinen Widerstand aufzugeben. Infolgedessen habe sich die Konferenz im eigentlichen Sinne des Wortes ausschließlich mit den Vorkehrungen befaßt, die getroffen werden müßten, um die im Ruhrgebiet eingeleitete Aktion wirksamer zu gestalten.

Bertinor feinerseits zieht aus den gestrigen Verhandlungen den Schluß, daß man

noch nicht in die Phase der Verhandlungen

eingetreten sei, sondern sich noch in einem Stadium der Aktion befinde. Für ihn ist der erste Satz des veröffentlichten Communiqués die Hauptsache. Dieser Satz, in dem Deutschland aufgefordert wird, Vorschläge zu machen, ist seiner Meinung nach so abgefaßt worden, daß er direkt an das Communiqué von Brüssel erinnert. Dort sei gesagt, daß Frankreich und Belgien die Frage der Sicherheiten nicht mit der Besetzung der Ruhr zu verknüpfen wünsche, aber das heißt nicht, so schreibt Bertinor weiter, daß wir als die Herren des linken Rheinufers das Problem nicht anschnitten sollen.

Neue Zwangsmaßnahmen?

Paris, 14. April. (Cca.) Ueber die neu ins Auge gefaßten Zwangsmaßnahmen und neuen Pressionsmittel ist die Presse außerordentlich einmütig. So schreibt St. Brice im „Journal“ von neuen „Sanktionen“, über die die strengste Verschwiegenheit gewahrt werden soll. Der „Eclair“ teilt mit, daß die Zahl der militärischen Besatzungstruppen erhöht werden soll. In der „Republique Française“ teilt eine Persönlichkeit aus der Umgebung Poincarés mit, die neuen Zwangsmaßnahmen würden gleichzeitig militärischer, politischer und wirtschaftlicher Natur sein. Dem „Petit Journal“ zufolge ist beschlossen worden, daß den alliierten Behörden im Ruhrgebiet der Auftrag gegeben wird, die regelmäßige Zahlung der Kohlensteuer unter Androhung von Sanktionen, die mit äußerster Strenge durchgeführt werden sollen, zum Schutze der Reparationskasse zu verlangen. Neue Maßnahmen sollen getroffen werden, um die Verladung von Kohlen und Koks nach Frankreich intensiver zu gestalten. Andererseits wird die Zahl der Halben, von denen der Industriekoks abtransportiert werden soll, auf Vorschlag des Herrn Guilleoume, der der Sitzung beizwohnte, von 13 auf 20 erhöht. Schließlich hat die Konferenz dem „Petit Journal“ zufolge eine große Reihe neuer Maßnahmen beschlossen, die trotz des Widerstandes des Reiches das Funktionieren der Eisenbahnregie im besetzten Gebiet sicherstellen soll. Von den sensationellen Gerüchten über Sanktionen zur See und einer teilweise Besetzung des Hamburger Hafens, von der einzelne englische Korrespondenten gestern im Anschluß an die Konferenz mitteilten, spricht kein französisches Blatt, ebenso wenig verlautet etwas von der Möglichkeit eines Ultimatus an Deutschland. Es bleibt also ziemlich unklar, ob über die genannten technischen Maßnahmen bereits ein Programm fertiggestellt ist.

Optimismus in England.

London, 14. April. (W.B.) In einem Leitartikel schreibt „Times“, wenn auch, wie aus Paris gemeldet werde, die Vorzeichen der französisch-belgischen Konferenz nicht ganz günstig seien, so werde die allmähliche psychologische Veränderung eine wichtige Tatsache. In Deutschland werde der passive Widerstand aufrechterhalten, aber gleichzeitig legten deutsche Staatsmänner klugerweise eine größere Bereitschaft für Verhandlungen an den Tag. Reichskanzler Dr. Cuno und Außenminister Dr. von Rosenberg hätten die Bereitschaft der deutschen Regierung zum Ausdruck gebracht, dem Ausdruck einer unparteiischen internationalen Kommission von Sachverständigen über die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, anzunehmen. Mehr als dies in seiner letzten Rede scheine Cuno zum Ausdruck gebracht zu haben, daß die deutsche Regierung nicht auf ihrer früheren Weigerung, Verhandlungen zu beginnen, bevor das Ruhrgebiet geräumt sei, bestehen würde. Auf der anderen Seite seien Anzeichen vorhanden, daß die Ansichten in Paris großzügiger würden.

Poincaré und Loucheur.

Paris, 14. April. (W.B.) Havas berichtet, daß zu Beginn der gestrigen belgisch-französischen Beratungen Poincaré den belgischen Ministern Aufklärungen über die Reise Loucheurs nach London gegeben habe. Diese Aufklärungen hätten den ersten Eindruck der Ueberraschung, der in Brüssel angesichts des Meinungsaustausches zwischen Loucheur und Bonar Law hervorgerufen worden sei, vollkommen verstreut. Im übrigen habe Loucheur gestern abend bei dem von Poincaré gegebenen Essen selbst eine Besprechung mit den belgischen Ministern gehabt und werde heute sich nochmals mit ihnen bei dem vom belgischen Botschafter gegebenen Frühstück besprechen. Nach dem Frühstück würden die belgischen Minister von Millerand empfangen werden. Die heutigen Beratungen beginnen um 10 Uhr vormittags.

Frankreich nicht „feindlich“.

Note nach Berlin.

Wie wir erfahren, hat die französische Regierung der Reichsregierung eine Note überreichen lassen, in der einige Stellen der Rede, die der Reichskanzler anlässlich der Trauerfeier für die Essener Opfer gehalten hat, beanstandet werden. Ueber die Beantwortung der Note ist im Kabinett ein Beschluß bis zum Augenblick noch nicht gefaßt.

Die Note beschwert sich besonders darüber, daß der Kanzler von „feindlichen“ Truppen gesprochen habe und weist darauf hin, daß die französische Regierung diesen Ausdruck Deutschland gegenüber nicht gebrauche. Tatsächlich steht seiner Berechtigung im völkerrechtlichen Sinne die Tatsache gegenüber, daß die diplomatischen Beziehungen nicht abgebrochen sind. Andererseits wird man von einem deutschen Reichskanzler nicht erwarten können, daß er Truppen, die in deutsches Gebiet eindringen und unbewaffnete Arbeiter erschließen, etwa als „freundliche“ betrachte.

Labourel erneut verhaftet.

Elbing, 14. April. (W.B.) George Labourel, der Redakteur des Pariser „Intransigeant“, ist Freitag nachmittag nach Schluß der Gerichtsverhandlung unter dem Verdacht der Spionage von neuem verhaftet worden.

Börsenruhetag.

Am Wochenschluß wirkte die Erwartung der angekündigten Rede Poincarés und der vermutlich im Anschluß hieran erfolgenden Gegenüberung von deutscher Seite lähmend auf die Unternehmungslust am Devisen- und Effektenmarkt. Das Geschäft in ausländischen Zahlungsmitteln lag fast gänzlich still, die Kurse blieben unverändert.

Flugzeugunglück auf dem Tempelhofer Feld.

Die von der Stadt Berlin heute vormittag veranstalteten Propagandaflüge, die vom Tempelhofer Feld ihren Ausgang nahmen, wurden von einem schweren Unglücksfall betroffen. Ein Flugzeug, eine alte Kriegsmaschine, die für den Personenverkehr umgebaut war, stürzte unter Führung des Flugzeugführers Noack kurz vor der Landung auf dem Tempelhofer Felde ab. Sämtliche Insassen erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt werden muß, jedoch scheint der Führer noch die leichtesten Verletzungen davongetragen zu haben. Leider befindet sich unter den Verletzten auch der unserer Parteigenossen bekannte Vorsitzende des Malerverbandes, Genosse Böher, der in seiner Eigenschaft als Stadtrat des Bezirks Prenzlauer Berg an den Flügen teilgenommen hatte. Ferner befand sich in der Unglücksmaschine D 26 der kürzlich von der Stadt angestellte Straßenbahninspektor Mychiaski, ferner der Straßenbahninspektor Vogt.

Ein Augenzeuge des Vorfalles berichtet uns, daß, als die alte W.C.-Maschine auf dem Hauptplatz erschien, ein Flugzeugführer der dort wartenden Zuschauer in den erstaunten Ruf ausbrach: „Ausgerechnet Noack muß die Riste fliegen“. Derselbe Flugzeugführer äußerte seine Enttäuschung darüber, daß diese alten Kriegs-

maschinen in diesem Jahre noch für Passagierflugzeuge zugelassen worden sind. Als das Flugzeug in ziemlich steilem Gleitflug sich auf das Tempelhofer Feld lenkte, erregte es durch die Art seiner Landung allgemeines Aufsehen. Plötzlich erkannte man, wie der Führer entgegen allen Regeln eine Kurve „schob“, und wie das Flugzeug in der Nähe der Schießstände in der Hasenheide in einer Höhe von 30 Metern abstürzte. Das ganze war das Werk von Sekunden. Während noch eine Anzahl Dunder-Flugzeuge über dem Felde kreuzten, strömten große Zuschauermengen zur Unglücksstelle, die in mustergültiger Weise von der Schupo abgesperrt wurde.

Es muß aufs schärfste gerügt werden, daß bei dieser Veranstaltung keinerlei Vorsorge für Unglücksfälle getroffen war, so daß den Schwerverletzten nicht Hilfe in dem Maße zuteil werden konnte, wie es notwendig gewesen wäre. Es zeugt das für die Sicherheit, die man der Fahrt in Flugzeugen heute zumutet. Um so mehr muß im Interesse des Flugverkehrs selber gefordert werden, daß nur Maschinen verwendet werden, die den modernsten Anforderungen entsprechen und daß diese von Führern geflogen werden, denen das reisende Publikum jedes Vertrauen entgegenbringen kann.

Wie uns bei Schluß der Redaktion aus dem Urban-Krankenhaus gemeldet wird, sind Straßenbahninspektor Mychiaski und Vogt tot, Genosse Böher hat einen Schädelbruch sowie einen offenen Unterschenkelbruch erlitten, sein Zustand gilt als besorgniserregend.

Vorschläge? Warum nicht?

Die Dinge drehen sich seltsam im Kreise. In Versailles mühten die deutschen Friedensbelegierten geduldig warten, bis man ihnen mitteilen würde, was das besiegte Deutschland zu zahlen hätte. Sie erfuhren es nicht. Da die alliierten und assoziierten Regierungen nicht imstande waren, sich in finanziellen Fragen zu einigen, wurde Deutschland gezwungen, einen Blancowechsel auszustellen. Die Geschichte kennt keinen ähnlichen Vorgang! Man denke: im November 1918 war der Krieg tatsächlich zu Ende, im Januar 1920 wurde der Friedensvertrag ratifiziert, aber noch immer wußte man nicht, was Deutschland bezahlen sollte. Ebenso blieben die Schulden, die die Verbündeten unter sich aufgenommen hatten, ungeklärt, die ganze Welt blieb in einem Zustand vollkommener finanzieller Verwirrung.

Im Mai 1921 erfolgte dann das Londoner Finanzdiktat. Es verurteilte Deutschland zur Zahlung von 132 Milliarden Goldmark. Deutschland nahm an, weil die gesamte Entente die Annahme durch Androhung eines neuen wirtschaftlichen Vernichtungszugs erzwang. Kein Mensch hierzulande glaubte, daß Deutschland jemals imstande sein würde, diese Summe zu bezahlen, und wir wissen jetzt, daß auch im Ausland kein Mensch, wenigstens kein Staatsmann, kein Volkswirtschaftler, es geglaubt hat. Alle Franzosen, Belgier, Engländer bezeichneten bei Unterhaltungen über das Reparationsproblem die 132 Milliarden als eine „theoretische Summe“. Was sollte diese theoretische Summe? Sie sollte erstens einmal den Böllern Sand in die Augen streuen, denen man gesagt hatte, daß Deutschland alles bezahlen würde, und sie sollte zum weitaus größten Teil — 82 Milliarden — eine Grundlage bieten, auf der eine interalliierte Schuldenregelung möglich gemacht werden sollte. Blieben 50 Milliarden, deren Zahlung man tatsächlich von Deutschland erwartete oder doch zu erwarten vorgab.

Es gab also eine „theoretische Summe“ von 132 Milliarden und eine „praktische“ von 50 Milliarden. Die „theoretische Summe“ war allgemein anerkannter Unsinn, aber auch die „praktische Summe“ erwies sich, zumal man sie überstürzt einzutreiben versuchte, als unpraktisch, weil zu hoch. Einer wirklichen Lösung des Finanzproblems war man um keinen Schritt näher gekommen. Und da war es das große Verdienst Rathenaus, daß er gegen diesen Zahlenwahnstimm, unter geschickter Anpassung an die gegebenen Verhältnisse, eine Öffnung der wirtschaftlichen Zukunft unternahm. In seiner Tätigkeit, mag man auch im Einzelnen an ihr Kritik üben, leuchtete ein großer politischer Gedanke auf: Deutschland begann an der Lösung eines Problems, von dem die Weltentwicklung abhing, geistig mitzuarbeiten und sich dadurch die Achtung der Welt zu gewinnen. Es hörte auf, nur das Objekt der Siegespolitik zu sein, es begann allmählich wieder Subjekt zu werden durch geistige Kraft.

Rathenau wurde ermordet, ein paar Monate später stürzte Birich, es folgte die Regierung Cuno-Rosenberg. Kurz nach ihrem Antritt erfolgte der Einmarsch ins Ruhrgebiet. Es hätte keinen Zweck jetzt zu überlegen, ob eine geschicktere Politik den Einmarsch nicht vielleicht doch hätte verhindern können. Zweifellos sieht fest, daß Konfusion und Verschulden — was in der Politik meist das Gleiche bedeutet — auf der anderen Seite des angreifenden waren. Die Franzosen rannien ins Ruhrgebiet aus den verschiedensten und teilweise sonderbarsten Gründen: nicht zuletzt auch aus Wut über die englische Politik, von der sie sich emanzipieren wollten. Belgien fiel auf Frankreichs Seite wegen Englands Stellung zu den belgischen Prioritäten. Ruhrkrieg und Weltkrieg stammten von derselben Mutter: der Kopfschlag.

Der Regierung Cuno-Rosenberg muß immer das eine zugute gehalten werden, daß sie den guten Willen zeigte, die Dinge praktisch vorwärts zu bringen. Ihr Reparationsplan für die Pariser Konferenz mag Fehler gehabt haben, die die Verhandlungsgegner hinderten, ihn so wie er war, anzunehmen, aber Verhandlungen sind eben dazu da, um Vorschläge, die zu ihnen mitgebracht werden, zu verbessern. Poincaré wollte von Cunos Reparationsplan nichts hören, warj Bonar Law den seinen ins Gesicht und marschierte an die Ruhr. Die Weltgeschichte wird über dieses Heldentat urteilen.

Drei Monate und drei Tage sind seitdem vergangen. An der Ruhr ist nichts erreicht, Frankreich hat dort nicht gewonnen, sondern verloren: materiell viel, moralisch noch mehr. Auf der anderen Seite hat der Widerstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der Ruhr gegen die militärische Willkür der Welt Achtung eingeflößt. Man beginnt in Deutschland ein Volk zu erkennen, das um seine Freiheit und um sein Stück Brot kämpft. Und man lehnt sich überall — auch in Frankreich und Belgien — nach einem Ende.

Run haben die französische und die belgische Regierung in Paris eine neue Beratung abgehalten und als deren Ergebnis mitgeteilt, die Ruhraktion werde solange fortgesetzt werden, bis Deutschland sich entschließt, unmittelbare Vorschläge für die Bezahlung der Reparationen zu machen. Aus früheren Veröffentlichungen wissen wir, daß die französische und die belgische Regierung ihren ursprünglichen Standpunkt, solche Vorschläge müßten ausschließlich an ihre Adresse gerichtet sein, aufgegeben haben und damit einverstanden sind, daß Deutschland mit seinen Vorschlägen an alle Alliierten geht. Von einer Ausschaltung Englands ist nicht mehr die Rede, im Gegenteil hat die Reise Loucheurs die Gefahr gezeigt, daß sich Frankreich und England abermals untereinander einigen

Kanten ohne Mitwirkung Deutschlands und zu dessen schwerem Nachteil.

Was folgt daraus? Der Zeitpunkt ist gekommen, an dem die deutsche Regierung erklären und durch die Tat beweisen muß, daß sie jederzeit und sofort bereit ist, an der Lösung des Weltfinanzproblems aktiv mitzuwirken! Sie muß beweisen, daß Deutschland weder geistige Anstrengungen, noch materielle Opfer scheut, um einen Zustand herbeizuführen, der für alle erträglich ist. Eine solche diplomatische Initiative in diesem Augenblick würde die beste Aussicht bieten, den künftigen Zustand auch für Deutschland erträglich zu gestalten.

Verhandlungen, die in der nächsten Zeit zustande kämen, würden gewiß an diejenigen, die sie führen, hohe Anforderungen stellen, aber wenn ihnen genügt wird, dann sind auch die Aussichten gar nicht ungünstig. Durch die Erstattung praktischer und vernünftiger Vorschläge könnte das Ansehen Deutschlands nur gesteigert werden, und auch eine Regelung der politischen Fragen, die mit den wirtschaftlichen unlöslich verbunden sind, wäre dadurch erleichtert.

Jetzt, gerade jetzt an den Verhandlungstisch zu gehen, das ist ein Gedanke, der Mutige reizt, Furchtsame freilich auch erschrecken kann. Aber wohin führt eine Politik, die es andern überläßt, mutig zu sein? Herr Cuno hat seine Rede auf die Essener Opfer mit den schönen Worten Fichtes geschlossen:

Und handeln sollst du so, als hinge
Von dir und deinem Tun allein
Das Schicksal ab der deutschen Dinge
Und die Verantwortung wär dein.

Herr Cuno hat um so mehr Grund, im Sinne dieser Worte zu handeln, da ja wirklich das Schicksal der deutschen Dinge ganz wesentlich von seinem Tun abhängt und er wirklich die Verantwortung zu tragen hat. Unter seiner Regierung sind die Franzosen einmarschiert. Wir haben ihm daraus keinen Vorwurf gemacht. Aber wir würden gerne, und gerne bald sehen, wie und unter welchen Umständen sie wieder abmarschieren. Dann erst wird eine Urteil über die staatsmännischen Fähigkeiten der gegenwärtigen Regierung gestattet sein!

Heulende Wölfe.

Das Vorgehen gegen die Deutschvölkischen.

Wie die „Deutsche Zeitung“ mitteilt, sind die deutschvölkischen Abgeordneten v. Graefe, Wulle und Henning gestern in der Reichskanzlei vorstellig geworden, um gegen das Einschreiten des Berliner Polizeipräsidiums gegen das Bureau der aufgelösten Deutschvölkischen Freiheitspartei zu protestieren. Die Antwort der Reichskanzlei auf diesen Protest geht aus dem Bericht nicht hervor. Sie läßt nämlich an Klarheit nichts zu wünschen übrig, indem sich die Deutschvölkischen an das preußische Innenministerium als ihre zuständige Instanz verweist. Die Reichskanzlei will damit öffentlich zeigen, daß für sie die Rechtslage außer Zweifel ist.

Das paßt der deutschvölkischen Presse und ihrem Anhang natürlich nicht. Sie verfallt auf die seltsamsten juristischen Spitzfindigkeiten, um das Vorgehen des Polizeipräsidiums als unrechtmäßig hinzustellen. So erklärt die „Deutsche Zeitung“, die Rechtsauffassung des Polizeipräsidiums führe dazu, daß kein bayerisches Mitglied der deutschvölkischen Freiheitspartei mehr seinen Fuß auf preußisches Territorium setzen könne, ohne sich der Gefahr einer Verhaftung auszusetzen. Mit Verlaub, diese Frage ist seit der Auflösung der Großdeutschen Arbeiterpartei längst geklärt. Damals wurde entschieden, daß sich die Mitglieder einer aufgelösten Partei solange ungehindert auf deutschem Boden bewegen dürfen, als sie sich nicht im Sinne dieser Partei betätigen. Die „Kreuzzeitung“ versucht die Angelegenheit auf ein anderes Gebiet himüberzuziehen. Sie schreibt:

„Der partikularistische, territoriale Gewaltstandpunkt feiert hier Orgien und richtet sich bedenkenlos gegen die Reichseinheit, also auch gegen die Verfassung, die das Reich gerade den Ländern gegenüber an erster, ausschlaggebender Stelle gesetzt hat.“

„Faust“ im Staatstheater.

Der Plan, mit dem sich Direktor Jöhner schon lange getragen, kam jetzt zur Ausführung. In einer neuen, von ihm geleiteten Regieführung gingen die Szenen des Goetheschen Faust über die Bretter des Hauses. Seine Phantasie, die nach neuen Formen späht, ist eigenartig und hat es da und dort zu eindringlicher Bildhaftigkeit gebracht. Aber hier im Faust wirkte das Neue im wesentlichen lieb als anderes. Es zwang sich nicht als ein organisches aus der Verankerung in den Wesenskern der Dichtung selbst Entstandenes der Anschauung auf. Der Unbefangene kam vom Gefühl einer experimentierenden Willkür nicht los.

Stimmungsvoll wirkte der maitrote an Morgendämmerungen anklingende Hintergrund des „Vorspiels“, gegen den dann in mächtiger Silhouette, gleich einem Nachtfalter mit ungeheuren dunklen Flügeln, Mephisto sich vom Boden erhebt. Aber daß die Gestalten der Erzengel sich nicht dem Auge bieten, daß sie hinter der Kulisse reden, war dem Eindruck nicht günstig. Mag die Verkörperung der Lichtgestalten auf der Bühne ihre Bedenken haben, dadurch, daß sie unsichtbar bleiben, hüben fast unermesslich auch ihre wundervollen feierlichen Worte an Deutlichkeit und Kraft ein. Statt Faustens vertrautes Studierzimmer erscheint inmitten eines dunklen Raumes etwas wie eine Kanzel mit Säulen in dem Unterbau und einer kleinen Jöhner-Treppe. Doch was an malerischem Eindruck so etwa gewonnen werden mag, wird ausgewogen durch das nun unumgängliche Arrangement: Alles mögliche, Totenschädel, Becher und Siphoniale sein äußerlich nun auf den Bühnenboden auf der Bühne. Das Bild, das dem Dichter vorschwebt, erhielt durch diese Färbung einen Einschlag des Gefühls und Gesichts. Sehr frisch und munter, vor dem Aufgehen des Vorhangs schon angeleitet durch jubelnden Gesang, war das Treiben der jungen Mädchen und Burlesken in der Osterlandschaft; doch an Stelle des Ausblicks in das weite Flußtal des Städtchens gab es, in seltsamem Kontrast zu jener farbigen Fülle, nur rechts dunkle Rajenhügel auf der Bühne. Das Gärtchen der Frau Marthe hatte sich in einen veritablen Wald verwandeln lassen müssen, der zu den Liebesszenen gar nicht paßte. Auch das Milieu des kleinen Städtchens, das doch so eng durch Wesen und Schicksal Greichens verwoben ist, gelangte so wenig wie die Faustsche Studierstube zur Erscheinung. Man sah nicht Häuschen und Strohen, nur ein rätselhaftes dunkles Seitengewölbe, einen Brunnen, der sich als solcher kaum erkennen ließ, und ein riesiges Marienmonument, von archaisch primitivem Stile mit sieben großen Messern in dem Oberkörper. Der Dom, in dem der hübsche Geist die Seele Greichens ängstigt, und der Kerker in der Schlussszene wurden mit so fargen Strichen angedeutet, daß, wer die Dichtung nicht schon kannte, die Situation sich kaum entziffern konnte.

Leider fehlte dem Schauspielhaus ein Greichen. Gerda Müller, die als Elisabeth in Schillers Maria Stuart und sonst

Sonderbar, höchst sonderbar, als welche treue Hüter der Reichseinheit sich die Herren Deutschnationalen plötzlich enthielten, die doch im Fall Bayern die „föderalistischen Belange der Länder“ nicht heiß genug verteidigen können! Soll man im einzelnen an den Fingern herzählen, wie oft sich Bayern gerade gegen die Reichsjustiz gewandt hat, soll man darauf hinweisen, daß das deutschnationale Bayern auch heute noch das Land ist, das dem Reichsgericht eine geordnete Arbeit unmöglich macht und der Reichsregierung dauernd die peinlichste Verlegenheit bereitet? Allerdings hier handelt es sich um den Schutz von Parteien, die nach dem ausdrücklichen Urteil der obersten Rechtsinstanz den gewalttätigen Kampf gegen die bestehende Staatsordnung auf ihre Fahne geschrieben haben, und es scheint der „Kreuzzeitung“ alles daran zu liegen, diese Herren auch in Preußen vor Verfolgung zu schützen.

Es setzt nicht weiter in Erstaunen, auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in diesem Wohltätigkeitskonzert zugunsten der deutschvölkischen Verschwörer zu finden. Leider fällt sie dabei ein wenig aus der Rolle. Sie muß nämlich zugestehen, daß nach der Reichsverfassung juristisch alles in der Ordnung ist, schlägt also zunächst einmal ihre Mitmusikanten tot, um dann ein Solo anzustimmen, das nur Gelächter auslösen kann. Sie schlägt allen Ernstes vor, die Reichshauptstadt der „preußischen Vormundschaft“ zu entziehen.

Vielleicht ist es kein Zufall, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ die ganze Angelegenheit mit Still-schweigen übergeht. Das ist in der Tat die klügste Haltung, die man auf deutschnationaler Seite einnehmen kann. Wie liegen denn die Dinge? Hat die Deutschvölkische Freiheitspartei als solche tatsächlich Ziele verfolgt, die die Sicherheit der bestehenden Staatsordnung bedrohen, dann war es die Pflicht jeder Landesregierung, gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei vorzugehen und nicht zu dulden, daß man mit ihren Entscheidungen Fangball spielt; dann mußte also auch die preußische Polizeigewalt eingreifen, wenn trotz des Verbotes das Organisationszentrum der verbotenen Partei ihr Unwesen weiter trieb. Erst wenn sich diese Annahme als falsch herausstellen sollte, wäre es an der Zeit, sich mit der Angelegenheit öffentlich zu beschäftigen. Das Urteil darüber steht aber weder den einzelnen Ländern noch dem Reich, sondern lediglich den Rechtsinstanzen zu.

Eine peinliche Anfrage.

Gitters Geldgeber.

Das „Berliner Tageblatt“ richtet an den „Völkischen Beobachter“ die Frage, woher die ausländische Finanzierung der Rationalsozialistischen Partei stammt und wie es kommt, daß sich die augenblickliche Politik dieser Partei so vollkommen mit den französischen Absichten und Zielen deckt. Soll das vielleicht heißen, daß Herr Gitter und seine Leute mit französischem Gelde bestochen worden sind?

Bayern und das Reichsgericht.

München, 14. April. (WZ.) Anlässlich der Weigerung des Schriftstellers Dietrich Eckart und des Redakteurs Weger vom „Miesbacher Anzeiger“ warnt die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, den Konflikt auf die Spitze zu treiben. Der Süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofs sei an Bayern anerkannt und müsse respektiert werden. Auch die „Münchener Neuesten Nachrichten“ warnen die verantwortlichen Kreise der nationalen Vereine vor Unüberlegtheiten.

München, 14. April. (Gca.) Die Haftbefehle gegen die Redakteure Eckart und Weger, die übrigens bei der Münchener Polizei bis jetzt nicht eingetroffen sind, bildeten den Anlaß zur Einbringung einer Abordnung der vaterländischen Verbände Bayerns zum Reichspräsidenten Knilling. Bei dem Empfang

der gestern nachmittag stattgefunden hat, unterstützten die Führer der Verbände die Weigerung der beklagten Redakteure, vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofs zu erscheinen. Sie forderten, daß die bayerische Regierung bei der Reichsregierung einen Schritt zur Beseitigung der Gefahr zum Schutz der Republik unternahme und verlangten für den Fall einer Erfolglosigkeit die Ablehnung der behördlichen Mitwirkung beim Vollzuge der Schutzgesetze. Ministerpräsident Dr. Knilling hat die Abordnung über die früheren Bedenken, die einer solchen Forderung gerade in der gegenwärtigen Situation und im Hinblick auf die außenpolitische Lage entgegenstehen, nicht im Zweifel gelassen. Ein Minister-rat, der heute morgen einberufen war, hat diesen Standpunkt des Ministerpräsidenten durchaus gebilligt. Die Bayerische Regierung hat den vaterländischen Verbänden gegenüber ausdrücklich erklärt, daß sie nach der Rechts- und Sachlage keine andere Möglichkeit hat, als die Haft- bzw. Vorführungsbefehle, falls diese bei der hiesigen Polizei eintreffen, vollziehen zu lassen.

Die Antwort Dr. Zeigners.

Dresden, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Aussprache über die Regierungserklärung ergriff Ministerpräsident Dr. Zeigner das Wort zur Antwort auf die Kritik der bürgerlichen Parteien. Er erklärte, daß er die Frage, ob Deutschland in noch größerem Maße als bisher Leistungen an die Entente machen könne, gar nicht gestellt habe. Seine Frage ging vielmehr dahin, ob die Leistungen, die Deutschland nur einmal machen müsse, in erster Linie vom Besitz getragen werden sollen oder in erster Linie von den besitzlosen Schichten. Wie eine solche innerpolitische Frage der Lastenverteilung mit der außerpolitischen Frage nach dem Umfang der Lasten verwechselt werden kann, begreife ich nicht. Wollen Sie (nach rechts) aber tatsächlich behaupten, daß die deutschen besitzenden Schichten in der Frage der internen Verteilung der Reparationslasten ihre Pflicht getan haben, so kann ich mit in erster Linie auf die entgegenstehenden Auslassungen der bürgerlichen Abgg. Erkelenz, Stegerwald und andere berufen. Stegerwald hat sich in seiner Zeitschrift „Der Deutsche“ mit viel größerer Schärfe als ich gegen den Egoismus der besitzenden Klassen gewandt und erklärt, Ihre Millionenpende sei keine nationale Tat, sondern ein Verrat an der Nation. Wenn Ihnen das nicht genügt, dann darf ich Sie vielleicht auf die ungeheure „Opfer“ hinweisen, die die deutschen Kapitalisten bei der letzten Dollarleihe des Reichs gebracht haben, und daß die gleichen Ausführungen dem Sinne nach, wie ich sie hier am Dienstag vor dem Landtage gemacht habe, ebenfalls von den Abgeordneten Gothein und Dr. Strefemann gemacht worden sind.

Ist denn nun der Unterschied so erheblich, wenn etwas was richtig ist, wenn bürgerliche Abgeordnete es erklären, sofort falsch wird, wenn ein sozialistischer Minister es erklärt. Die Ruhrarbeiter haben klipp und klar dasselbe gefordert, was ich von der Reichsregierung gefordert habe. Am Mittwoch sind die Abwehrausschüsse aus dem besetzten Gebiet und Baden, die sich aus Beamten, Unternehmern und Arbeitern zusammensetzten, beim Reichskanzler gewesen und haben genau dasselbe gefordert. Auch die Reichsregierung hat sich entschlossen, mit aktiveren und positiveren Vorschlägen hinsichtlich der Lösung der Ruhrfrage an die Öffentlichkeit zu treten und an die Entente heranzutreten. Auch die Deutsche Volkspartei hat das gleiche verlangt.

Noch einmal „Die rote Schmach“.

Zu dem in unserer Mittwochnummer veröffentlichten Artikel wird uns ergänzend mitgeteilt, daß Reichspostminister Stinagl diese Flugblätter auch in Sachsen zu verbreiten befohlen hat. Daraufhin haben die zuständigen Beamtenvertreter gegen die durch die Flugblätter erfolgte Beleidigung der Sozialdemokratie energisch protestiert. In einer Protestversammlung der sämtlichen Gewerkschaften Dresdens wurde mitgeteilt, daß auch die sächsische Regierung bereits bei der Reichsregierung gegen die Verteilung dieses Flugblattes protestiert habe. Es ist also zu erwarten, daß dieses Flugblatt, das das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung auslöst, zurückgezogen wird.

Proben ihres außerordentlich starken Könnens abgelegt hat, vermochte der völlig anderen, der kindlich rührenden Goetheschen Mädchengestalt nichts abzugewinnen. Figur und Miene fügten sich nicht dem unbewußten Zauber, auf den hier alles ankommt. Vor eine Aufgabe gestellt, die in ihrer Eigenart nicht lag, nicht liegen konnte, löste die Darstellerin in dem Gefühl keine Resonanzen aus. Karl Ebert sprach die großen Monologe der ersten Szenen mit warmer treffender Empfindung, in dessen das Interesse ietz später in den Liebes-szenen nach. Eugen Klöpffer war ein Mephisto von breitem sinnlichen Behagen und überlegen kaltem Hohn. Frau Marthe wurde durch Rosa Bertens, der nächstern selbstgefällige Wagner durch Mag Schred, der unternehmungslustige Schüler durch Lothar Rühl individualisierend repräsentiert verkörpert. Das Publikum schien grobenteils befremdet. Der Beifall am Schlusse hielt sich in ziemlich engen Grenzen.

Der Höhenrausch der Flieger. Während das Flugzeug sich in die oberen Luftschichten erhebt, unterliegen die geistigen Fähigkeiten der Flieger allerlei Störungen, als deren Ursache hauptsächlich der Mangel an Sauerstoff anzusehen ist. Die ersten Zeichen solcher Störung treten bei einer Höhe von etwa fünf Kilometern ein. Der holländer Wulfsten Palke hat darüber an sich Untersuchungen angestellt. Er prüfte seine Aufmerksamkeit, indem er sich die Aufgabe stellt, während des Steigens in einem gedruckten Legte gleichartige Zeichen anzustreichen, etwa alle m oder alle b oder dergleichen. Die Arbeit geht allmählich langsamer, die Aufmerksamkeit läßt nach, die Fehler häufen sich, so sehr man auch dagegen ankämpfen mag. Wenn der Flieger selbst schreibt, so werden Buchstaben, Silben, ganze Wörter ausgelassen, die Schrift wird trumm und schief. Die Kälte ist nicht die Ursache, wie sich durch Kontrollversuche feststellen ließ. Gleichzeitg besteht ein Gefühl erhöhten Wohlbehagens und eine übertriebene Vorstellung vom eigenen Können, die Selbstkritik schwindet bedenklich. Es sind das dieselben Anzeichen, wie sie sich auch bei einem leichten Alkoholrausch einstellen. Schließlich tritt eine eigentümliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Urteil der Welt ein. Palke verfiel in seinen Aufzeichnungen in einen burlesken lustigen Ton, obwohl er wußte, daß diese Schrift nachher veröffentlicht werden sollte. Beim Ablesen der Instrumente gab es Irrtümer; man sah die Dinge, berichtet er, ohne nach imstande zu sein, sie richtig zu begreifen.

Das Westrennen mit den Kinderwagen. Eine verwerfliche Lohheit, wie sie wohl nur in dem Lande des Eisens, in England, möglich ist, ist das „Mutter-Kinderwagen-Westrennen“, das dieser Tage in London veranstaltet wurde. Ein findiger Unternehmer hatte Preise von 6 Pfund Sterling und 4 Pfund Sterling für diejenige Mutter ausgesetzt, die als erste mit ihrem Säugling im Kinderwagen auf einem Parck von London nach Brighton am Ziel ankommen würde. Es hatten sich fünf Mütter gefunden, die in dem Sonnenbrande des heißen Tages die kleinen Wesen in den Kinderwagen die 52 englischen Meilen vorwärts ließen. Das Ergebnis des wahn-sinnigen Wettbewerbes war traurig. Die Gewinnerin, eine vierzig-jährige Frau, brach bei der Ankunft völlig erschöpft zusammen; eine

andere 35jährige, wurde so schwer krank, daß sie ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Auch die armen Babys hatten schwer unter der Gewissenlosigkeit ihrer Mütter gelitten. Das eine, das nur 4 Monate alt war, war so erschöpft, daß man an seinem Weiterleben zweifelt. Das Schauspiel der armen, leuchtenden Frauen, die ihre Kinderwagen nur mit großer Mühe vor sich her stießen, erregte die allgemeine Entrüstung der zahlreich versammelten Zuschauer, die die Programme lauschte. Zwei der Mütter stülten ihre Kinder unterwegs, und es war jämmerlich anzusehen, wie sie dieses wichtige Geschäft stehend in aller Hast und ohne Sorgfalt vollzogen: „Die Weiber stießen ihre Wagen Reile auf Reile mit unordentlichen Kleibern und hochgeröteten Gesichtern“, berichtet ein Augenzeuge. „Autombusse und einzelne Kraftwagen fuhren an ihnen vorbei; die Kinderwagen knarnten und quietschten, die Kinder schrien jämmerlich. Die Frauen trugen ihre gewöhnliche Kleidung; nur die Gewinnerin hatte einen blauen Rock und Jacke an. Nach Abschluß des Rennens erhielten die Frauen jede ein Bad und eine Mahlzeit. Aber dann kümmerte sich der Unternehmer nicht mehr um sie.“

Harakiri ist unmodern. Sensationshungrige Amerikaner hatten bestimmt darauf geredet, daß nach dem Tode des japanischen Prinzen Kita Schiralama, der kürzlich bei einem Automobillunfall in der Nähe von Paris ums Leben gekommen ist, einer aus der Umgebung des Verstorbenen das landesübliche Harakiri durch Aufschließen des Bauches an sich vollziehen werde. Sie sind indessen bisher nicht auf die Kosten ihrer Erwartung gekommen; die in Paris befindlichen Japaner erklären auch, daß sich diese Erwartung auf falsche Voraussetzungen gründe und deshalb unerfüllt bleiben dürfte. Denn die Tradition des Harakiri ist, wie sie verkörpert, längst überwunden, und es spricht nur für die Unkenntnis der Verhältnisse, wenn man zum Beweis des Gegenteils auf den Präzedenzfall des Generals Kogi verweist, der wie erinnerlich nach dem Tode des Kaisers Mikuhito mit seiner Gattin Selbstmord durch Harakiri beging. Diese Selbstaufopferung erklärte sich aus den besonderen Verhältnissen, die es mit sich brachten, daß der japanische General während der ganzen Regierungszeit des Kaisers die volle Verantwortung für die Handlungen des Kaisers getragen hatte, eine Verantwortung, die er nach dem Tode des Herrschers nicht mehr tragen konnte und wollte. Von diesen Vorbedingungen kann aber in dem Falle des Prinzen Kita nicht die Rede sein.

Erkautführungen der Woche. Dienst. Schloßpark-Theater Steglitz: „Am Teich“. Mittw. Deutsches Theater: „Ratig von Sachsen“. Freit. Or. Schauspielhaus: „Rösig Lear“. Sonnab. Schauspielhaus: „J. O. Bachmann“. Sonnt. Volkoper: „Rigoletto“.

Urania-Vorträge. Sonnt. Kapitän Herberich: „Eine Reise nach Südamerika“. Mont. „Mit Sang und Klang in Wilhelmschwarz und Alm“. Dienst. Sonnab. P. B. Markt: „Die deutsche Südmark“. Mittw. Donnerst. Freit. Prof. Becke: „Mit Flugzeug und Kamera zu den Seeabern“.

Die Generalversammlung der „Freien Seession“ hat beschlossen die Wahl des Vorstandes auf den Herbst dieses Jahres zu verschieben. Die nächste Ausstellung der Berringung soll mit einem besonderen Programm im Frühjahr 1924 stattfinden.

Berliner Feuerzauber.

Szenarie: Westlicher Stadtteil. Zeit der Begebenheit: Nächste Stunde. In den kühlen, dunklen Frühlingsmorgen schlugen hochauflodende Flammen. Ein Dachstuhl brennt. Die späte Stunde verhindert nicht beträchtliche Ansammlungen. Ueber pneumatische Leitern klettern Feuerwehrmänner. Schüppe bringt stramme Disziplin in die geballte Menge. Hunderte verfolgen das Spiel der Vernichtung. Mit einem Mal schiebt sich ein kleiner Trupp aufgeregt an den Brandherd heran. Sie haben es, scheint's, ungemein eilig. Sollte es darum sein, daß ihnen auch keine Pläne des Schaufelds entgeht? Weil sie aber außerhalb der polizeilich gezogenen Ordnungsgrenze stehen, ziehen sie besondere Beachtung auf sich. Man hört darauf hin, was sie reden, merkt, daß ein Mann auf die ganze kleine Egitragegesellschaft einredet, daß er heftig gestikuliert und immer wieder nach dem Dach weist. Und mit einem Mal ist man im Bilde. Nicht billige Gafferfreude tobt sich hier aus, der Besuch der Brandstätte dient sozusagen einem höheren Zweck. Diese Zuschauer sind Spekulanten, und der Mann, der auf sie einredet, ist ihr Agent. Er ist Spezialist in Dachstuhlbränden. Wie er — durch seine Unteragenten benachrichtigt — von einem Dachfeuer erfährt, ruft er telephonisch seine Kundenschaft an und bestellt sie an die Brandstelle. Und nun wird erwogen und geprüft: die Wohnungsnot ist groß. Brennt der Dachstuhl nieder, so muß ihn der Hauswirt aufbauen, wenn auch vom Versicherungsgeld. Es wird dem Hauswirt sicherlich willkommen sein, nimmt ihm jemand Kosten und Lasten des Wiederaufbaues ab. Dafür erlaubt er dann, daß in das neue Dach auf Kosten des neuen Mieters eine Dachwohnung eingebaut wird, und das ist's, worauf die Wohnungsuchenden warten, worauf der provisionsfüchtige Agent lauert. Wenn die Flammen niedergehen und die verlotzten Sparren gespreißt rogen, bauen die Konjunkturwahrnehmer Lustschlösser, dort, wo jetzt der Feuerwehmann Schutt über den glühenden Dachrand schaufelt, liegt das Schlafzimmer — und dort, wo die hübsche Aussicht sich über glänzende Balken ausstreckt, wird das Wohnzimmer sein! Die Schräppelreifen schwirren, die Feuerwehr rückt ab.

Die Wohnungsanwärter besuchen dann morgen mit ihrem Vorschlag den Hauswirt. Und übermorgen laufen sie auf das Wohnungsamt, zur Baupolizei und zum Architekten. Der Agent freut sich auf die Provision für den Nachweis des Dachstuhlbrandes. Der Berliner Feuerzauber wird zum Wohnungszauber, und eine neue Wohnung blüht, höchst zeitgemäß, aus den Ruinen.

Der Mordprozess Nögler.

Ausgaben der Kriminalkommission über die Pläne des Geschwisterpaars.

Am heutigen Sonnabend wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Auf eine Frage von R. A. Alsbach gibt der Angeklagte Ernst Nögler an, daß er den geraubten Ring Wölfners in Leipzig unter seinem Namen veräußert habe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Regen, bemerkt hierzu, daß dieser Umstand den Tätern zum Verhängnis geworden sei.

Sodann wurde Kriminalkommissar Binger vernommen. Er beklagt, daß nach seinem Ermittlungsergebnis der Plan von Ernst Nögler ausgegangen sei. Nögler vertehrte Radmittags am Stammtisch im Cafe des Westens und hatte dort bei Wölfner den Ring gesehen. Da er in Geldnotlage war, besprach er die Sache mit seiner Schwester und seinem Vetter Bod. Kriminalkommissar Gennat schloß sich den Bekundungen des Vorzeugen im wesentlichen an und ergänzte die Ausführungen noch dahin, daß zunächst mehrere Pläne erwogen worden seien. Anfanglich wollte man Wölfner nach dem Grunewald locken und dort berauben. Der zweite Plan bestand darin, daß Gertrud Nögler nach dem Vorbild des Diebstahls in Braunlage sich in das Geschäftstafel Wölfners einschleichen sollte. Nögler hatte seine beiden Komplizen auf das Opfer aufmerksam gemacht, indem er mit Wölfner zusammen aus dem Cafe des Westens forsting und an ihnen auf der Straße vorüberkam. Beide Pläne sind nicht zur Ausführung gekommen. Bei allen drei Plänen aber handelte es sich niemals darum, den Ring durch ein Schwindelmanöver in die Hand zu bekommen. Das marianische Merkmal bei allen Plänen war die Anwendung von Gewalt durch den Gebrauch von Leuten.

Vorj.: „Das wird jetzt von Ernst Nögler bestritten. Ich habe ihm schon vorgehalten, daß sich niemand ohne Sträuben Ueber vor den Mund halten lassen wird. Haben Sie das auch besprochen?“

Zeuge: „Das hielten wir für so selbstverständlich, daß wir gar nicht darauf eingegangen sind.“

Vorj.: „Wer war nun nach dem Gesamteindruck der geistige Urheber des Planes?“

Kriminalkommissar Gennat: „Damals hatte Gertrud Nögler ihrem Bruder die Hauptschuld zugeschoben. Der Plan ist unter den Geschwistern gereicht und Bod ist zur Ausführung herangezogen worden, weil Ernst nicht aktiv an der Tat teilnehmen konnte, da Wölfner ihn kannte.“

Die nächste Zeugin ist ein Fräulein Wegner, die mit dem Angeklagten ein Verhältnis hatte und deren Ablagebrief den Angeklagten nach seiner Angabe unmittelbar vor der Tat in große Verwirrung und Erregung versetzt haben soll. Nach Aussage der Zeugin hat das Verhältnis jedoch schon mehrere Wochen vor der Tat ein Ende gefunden.

Neue Preise für Sonntagbrückfahrkarten.

Durch die Erhöhung der Sonntagfahrpreise ist auch eine Aenderung der Preise für Sonntagbrückfahrkarten bedingt. Die neuen Preise betragen von heute, Sonnabend, ab: für die Züge vom Gröblicher Bahnhof nach Groß-Becken 3. Klasse 880, 4. Klasse 760 M.; nach Teupitz-Groß-Körbis 1160, 960 M.; Halbe 1360, 1120 M.; Brand 1680, 1280 M.; Lübben 2120, 1600 M.; Lübbenau 2480, 1840 M.; zum Scharmühssee nach Stordow 1320, 1080 M.; Hubertushöhe 1440, 1160 M.; Scharmühssee 1560, 1240 M.; Beeslow 2200, 1680 M. — Vom Schleiischen Bahnhof in die Märkische Schweiz nach Rehfeld 880, 760 M.; Dahmsdorf-Müncheberg 1240, 1040 M.; Budow 1840, 1640 M.; nach Verneuchen 960, 840 M.; Tiefensee 1160, 800 M.; Leuenberg 1320, 880 M. — Vom Stettiner Bahnhof nach Biesenthal 860, 740 M.; Reichow 940, 780 M.; Eberswalde 1260, 1000 M.; Chorinchen 1580, 1200 M.; Chorin 1660, 1280 M.; Freienwalde 1860, 1400 M.; nach Piesberggrund 860, 760 M.; Nassenheide 880, 800 M.; Löwenberg 1160, 1000 M.; Gransee 1560, 1240 M.; Fürstenberg 2240, 1720 M. nach Werbellinsee 1820, 1380 M.; Niederfinow 1580, 1200 M.; Falkenberg 1660, 1280 M.

Die Verlegung der 149. Gemeindeschule.

Im gestrigen Abendblatt veröffentlichten wir ein Schreiben des Bürgermeisters der 149. Gemeindeschule. Er klagte darüber, daß die früheren Unterrichtsräume (Bergmannstraße 28/29), wo gegenwärtig sich die Bureau des Erwerbslosenbüros befinden, der Schule nicht zurückgegeben werden. Die Elternschaft, deren Kinder nun mit zwei anderen Schulen in der Bergmannstraße 60/65 untergebracht sind, nahm gestern in einer Versammlung dazu Stellung. Einleitend schilderte der Vorstand des Elternbüros noch einmal die bekannten Ursachen der gegenwärtigen Verhältnisse. Der Volksbildungsminister hatte die Forderung gegeben, daß die Behörden aufgefordert werden sollen, die Bureau aus dem Schulhaus zu entfernen. Daraufhin wurde der im Februar begonnene Streit, der zur Wiedererlangung der alten Räume führen sollte, obgebrochen, doch ist die Forderung bis heute nicht erfüllt worden. Der Referent selbst, daß statt dessen die Schulbehörde 4 Klassen der 149. Schule aufstellt und vier Lehrkräfte verleiht. Das dürfte sich die Elternschaft nicht gefallen lassen. Die zuständigen Behörden motivieren die Klassenabteilung damit, daß ein Mangel an Schülern herrsche. In der Diskussion sprach u. a. ein Mitglied

des Lehrerkollegiums und bat, von einem neuen Streit abzusehen. Ferner wurde im Laufe der Aussprache bekannt, daß die Schuldeputation in einer Sitzung eine achtgliedrige Kommission eingeleitet habe, deren Aufgabe ist, die Auflösung der Klassen sowie die Verlegung des Lehrpersonals nachzuprüfen. Am Schlusse der Versammlung nahm die Elternschaft eine Entschlieung an, die schnelle Abhilfe in Sachen der 149. Schule fordert. Von einem neuen Streit wird bis auf weiteres Abstand genommen.

Der Platz auf der Anklagebank.

Rücknahme auf das Empfinden der Angeklagten.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Justizminister soden folgende allgemeine Verfügung herausgegeben: „Bei den Gerichten besteht die Übung, von den Angeklagten grundsätzlich zu verlangen, daß sie auf der umfriedigten Anklagebank Platz nehmen, Ausnahmen aber hiervon beim Vorliegen besonderer Umstände zuzulassen. Ein solches Verfahren ist geeignet, ohne zwingenden Grund berechtigte Empfindungen der auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten zu verletzen, da die Verweisung auf die umfriedigte Anklagebank leicht als Beschränkung der persönlichen Freiheit aufgefaßt wird. Auf der anderen Seite ist das Gericht, wenn dem Wunsch einzelner Angeklagter, außerhalb der Anklagebank Platz nehmen zu dürfen, entsprochen wird, der Wichtigkeit ausgeht, daß es die Angeklagten aus unsachlichen Gründen verchieden behandelte. Es empfiehlt sich deshalb, die Angeklagten nur dann in die umfriedigte Anklagebank zu verweisen, wenn sie sich in Haft befinden oder wenn es die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit der Verhandlung erfordert, im übrigen aber ihnen einen Platz vor dem Richterstuhl oder an einer anderen geeigneten Stelle im Verhandlungsraum anzuweisen. Durch dieses Verfahren, das in einem großen Teil des Staates seit langem geübt wird, wird den berechtigten Empfindungen der Angeklagten Rechnung getragen, ohne daß dadurch die Interessen der Rechtspflege beeinträchtigt würden.“

Hundefänger-Frühling.

Mit dem jungen Frühlingsgrün entwickeln auch die Hundefänger wieder eine reaktierte Tätigkeit. Sie spekulieren auf den Sonntagnachmittagsparade der lieben Käter und finden sich mit Vorliebe bei großen bekannten Sommerlokalen ein. Durch diese hohle Gasse müssen sie ja ahnungslos kommen. Eine solche Hundefänge ist beispielsweise die Triptow bei der Abtei. Wehe dem Hundebesitzer, der hier seinen vierbeinigen Liebling ohne Maulkorb umherlaufen läßt. Er ist seine 300 M. Einlösungsgeld im Umsehen los. Es hat aber wenig Sinn, in solcher Weise, wie es schon vor Jahresfrist übel bemerkt wurde, das Sonntagpublikum zu verärgern.

Die Erstattung von Eisenbahnfahrgeldern.

Die Reichsbahn erstattet für nachweislich nicht benutzte Fahrarten den gezahlten Betrag, jedoch nur unter Abzug von 10 Prozent für die aus dem Erstattungsantrag entstehenden Verwaltungskosten, denn die Reichsbahn ist rechtlich nicht verpflichtet, für Reisen, die ein Fahrgast aus persönlichen Gründen aufschreibt oder unterläßt, das Fahrgeld zu erstatten. Diese Entschädigungen werden nur aus Willkürgründen durchzuführen. Bisher waren als Mindestbetrag für Verwaltungskosten 5 M. festgesetzt, und ebenso wurden nur Beträge über 5 M. ausbezahlt, so daß Fahrgelder bis zu 10 M. nicht erstattet wurden. Seit dem 1. April sind diese Beträge einheitlich festgesetzt und zwar entsprechend der Postgebühr für einen gewöhnlichen Fernbrief. Von den Reichsbahndirektionen und Eisenbahnverkehrsämtern, die schriftliche Erstattungsanträge durch Postanweisung erledigen, werden also zur Zeit Fahrgelder unter 100 M. nicht mehr erstattet. Bei den Fahrkartenausgaben, die mündlichen Anträgen im Fernverkehr durch sofortige Auszahlung entsprechen, wird dieser Mindestsatz nur zur Hälfte berechnet, so daß bei Rückzahlungen mindestens 50 Mark abgezogen werden.

Kurse für Sprachkurse und Schwerhörige. In der Erste n Universität, Halle, Kassen- und Hörschule Berlin, Luisenstr. 11, Eingang 3, beginnen für Stimm- und Sprachkurse, Erlaubnis und stark Schwerhörige neue Uebungen und Vorträge. Uebungen bei Professor Dr. Watau wochentags außer Mittwoch und Sonnabends von 12—1 Uhr.

Gefrierfleisch. Die Berliner Konsumgenossenschaft teilt uns mit, daß sie in ihren beiden Fleischverkaufsstellen hochwertiges Gefrierfleisch zu vorteilhaften Preisen führt.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. 17. Kreis. Lichtenberg: Heute, nachmittags 5 Uhr, in der Freiheit-Volkshochschule, Weichselstraße 29, Sitzung der Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Thema: Regelung der Sommer-Freizeit sowie des Frühlingsfestes.

Die deutsch-österreichische Anschlussfrage. Abg. Heile bricht heute, 7 Uhr abends, im Reichstage im Rahmen des Österreichisch-Deutschen Volksbundes über die Anschlussfrage Deutschösterreichs. Eingang Portal 5.

Millionenbankraub in Köln. 15 Millionen Mark wurden, wie aus Köln gemeldet wird, gestern abend bei einem Bankraub gestohlen. Gegen 8 Uhr abends wurde bei dem Bankgeschäft Sternfeld u. Ziefenthal die telefonische Anfrage gestellt, ob noch ausländisches Geld umgewechselt werden könnte, was bejaht wurde. Kurz darauf erschienen auch zwei Männer, denen durch eine Nebenhand Einnahme gewährt wurde. Nachdem sich die beiden Leute mit dem Inhaber der Bank etwa eine halbe Stunde lang unterhalten hatten, hielten sie plötzlich dem Geschäftsinhaber eine Erpressungspistole vor die Brust und zwangen ihn, den Geldschrank zu öffnen. Den Tätern fielen ungefähr 15 Millionen Mark in deutschem und ausländischem Geld in die Hände. Die beiden Männer werden etwa 30 bis 35 Jahre alt geschätzt und waren von schlanker Figur. Einer von ihnen sprach englisch, der andere scheint ein dem Bankfach angehörender Abenteurer zu sein.

Ausschluss Deutschlands von den Olympischen Spielen. Das internationale Komitee für die Olympischen Spiele trat gestern in Rom zusammen und prüfte die Frage der Zulassung feindlicher Staaten an der nächsten Olympiade in Paris. Der amerikanische Vertreter General Shoril erklärte, die Stellung der amerikanischen Abordnung sei leicht. Wenn die Franzosen, die Americas Freunde im Frieden, im Krieg und jetzt seien, mit Ja stimmen, so würden auch die Amerikaner mit Ja stimmen. Andersfalls würden auch die Amerikaner mit Nein stimmen. Die Teilnahme Deutschlands wurde darauf einstimmig abgelehnt und zwar deshalb, weil die Mannschaften der verschiedenen Nationen in alphabetischer Reihenfolge in das Stadion einzuziehen pflegen und weil in diesem Falle die Deutschen (Alemands) an erster Stelle marschieren würden. Dies wolle Frankreich aber nicht zulassen. Der Teilnahme Österreichs wurde zugestimmt. Die Frage der Zulassung von Frauenorganisationen und der russischen Sportorganisation wird in der nächsten Sitzung erörtert werden.

Also, weil das Wort Deutschland ins Französische überseht am Anfang des Alphabets steht, dürfen die Deutschen an der Olympiade in Paris nicht teilnehmen. Besser kann sich der französische Chauvinismus nicht bloßstellen.

Ein internationales Schachturnier in Liverpool. Zum ersten Male seit Kriegsende sind die direkten Beziehungen zwischen deutschen und englischen Schachmeistern in England wieder aufgenommen worden. Es fand ein Meisterturnier anlässlich eines Schachkongresses in Liverpool statt, an dem außer den acht besten englischen Spielern auch der deutsche Meister J. Rieses und der ungarar Karoczy teilnahmen. Dieses siegte schließlich mit 8 Punkten (7 gewonnen, 2 remis) knapp vor Karoczy (6 gewonnen, 3 remis). Die Engländer Yates und Sir G. H. Thomas teilten sich den dritten Preis. — Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der jetzige Premierminister Bonor Law ein hervorragender Schachspieler ist.

Eine päpstliche Spende für lungenkranke Kinder. Der Papst hat — einer persönlichen Bitte des Reichsarbeitsministers Folge gebend — aus ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den Betrag von 200000 Lire für die Fortführung des Hilfswerkes der Unterbringung lungenkranker deutscher Kinder in Davos bestimmt.

Der heilige Versuch. Der frühere Leiter der Quäkermission, die sich durch ihre Kindererziehungen in Deutschland so hoch verdient gemacht hat, Alfred G. Scattergood in Philadelphia, hat dem Reichspräsidenten ein Antwortschreiben „Der heilige Versuch“ überreicht, das in Wort und Bild (in der Weitergabe der Fresken des Regierungsgebäudes in Harrisburg) das Wirken des Quäkers Penn bei der Gründung des Staates Pennsylvania und die Durchdringung der Welt mit dem Gedanken der Nächstenliebe darstellt. Das Werk wird in den nächsten Wochen in der Staatsbibliothek ausgestellt sein.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und heiter, jedoch überwiegend bewölkt bei mäßigen, zöhligen Süd- und Südwest schaukelnden Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Okt. Sonntag. Sonnabend, den 14. abends 8 Uhr im Parktheater. Mähten große 21. Frühlingsfest verbunden mit der Wählfeier für unseren Gemeindefreier Red.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gemeindearbeiter zu den Tarifverhandlungen.

Eine vom Lohnkartell für die Gemeindebetriebe Groß-Berlins zum Donnerstag abend nach dem Gewerkschaftshaus einberufene Funktionärerversammlung nahm Stellung zu den Tarifverhandlungen der Reichs- und Gemeindearbeiter. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf den Beginn des neuen Unterrichtsjahrs der Betriebsräteschule aufmerksam. Leider werde die Schule noch nicht ihrem vollen Werte nach gewürdigt. Der Betriebsräten sei dringend zu empfehlen, an dem Unterricht teilzunehmen. Auch anderen Kollegen, die ihr Wissen erweitern wollen, sei die Teilnahme gestattet.

Hierauf schilderte Scharlau die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Regierungsvertretern über die Neuordnung der Löhne und Gehälter. Die Regierungsvertreter nahmen den Standpunkt ein, von einer direkten Lohnerhöhung abzusehen, um die Marktstabilisierung und den Preisabbau zu fördern. Bei der Aussprache mit dem Finanzminister forderten die Vertreter der Gewerkschaften tarifliche Löhne und Einstellung der Vorkaufwirtschaft. Der Redner teilte schließlich mit, daß die Regierung bei den letzten Verhandlungen das Angebot gemacht habe, die verabsolgten Zuschüsse als erledigt anzusehen. Sie sei bereit, am 18. April und 11. Mai noch je einen Wochenlohn zu zahlen, so daß sich dadurch eine Lohnerhöhung von insgesamt 33 Proz. ergeben werde. Die Neuordnung der Löhne soll im Juni erfolgen. Von den Gewerkschaften sei dieses Angebot aber abgelehnt worden. Wir konnten, so erklärte der Redner, diesem Angebot aus dem Grunde nicht zustimmen, weil die Vorkaufwirtschaft der Regierung für die Privatindustrie keine Arbeit schafft, vielmehr dazu angetan ist, alle Lohnverhandlungen in der Industrie lahmzulegen. Schon bei der Verhandlung am 12. März sei auf die Unhaltbarkeit der Lohnvorschlüsse aufmerksam gemacht worden. Die Regierung habe aber nicht darauf gehört, obgleich die Erfahrung bezeugt, daß dadurch zahlreiche Fehlsprüche und Kämpfe in der Privatindustrie entstanden sind.

Als zweiter Referent sprach Polenske über die Lohnverhandlungen mit dem Magistrat.

Dieser habe sich in der Verhandlung am 12. April bereit erklärt, das Verhandlungsergebnis im Reich anzuerkennen. Die im März als Vorschlag gezeichneten zwei Wochenlöhne sollen als abgelehnt gelten. Wir haben erklärt, daß für die städtische Arbeiterkassen nur eine Regelung nach Stundenlöhnen in Frage kommen könne. Die Magistratsvertreter blieben dabei, sich strikte an die Regelung im Reich halten zu müssen. Unserem Antrag, daß bei Schichtarbeiten am Sonntag und Ueberstundenarbeit die Prozente nach den Zulagen verrechnet werden sollen, hat der Magistrat zugestimmt. Der Redner kam dann auf die Zahlungsschwierigkeiten zu sprechen, die sich schon im März bei der Straßenbahn ergeben haben. Der Rest ihrer Löhne sei den Arbeitern jetzt erst bezahlt worden. Vom Magistrat wurde erklärt, daß die Schwierigkeiten behoben werden, indem aus den Beständen und Eingängen eine bessere Verteilung der Mittel erfolgt. Die Auszahlungen sollen fortan am gleichen Tage und in gleicher Höhe an alle städtischen Arbeiter erfolgen.

Nach einer längeren Aussprache teilte Polenske mit, daß am 1. Mai vollständige Arbeitsruhe herrschen soll. Weitere Bekanntmachungen werden erfolgen.

Die Versammlung stimmte folgender Entschlieung zu, die Polenske zur Annahme empfahl:

„Die Funktionärerversammlung des Lohnkartells für die Gemeindebetriebe hat zu dem Ergebnis der Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit den Staatsbehörden und des Lohnkartells mit den Gemeindebehörden Berlins Stellung genommen.“

Auch unter Berücksichtigung aller Umstände, die zu einer solchen Regelung führten, lehnt die Funktionärerversammlung eine solche Lohnpolitik ab. Sie erwartet vielmehr, von den Spitzenorganisationen, daß sie bei den Verhandlungen über Lohn- und Gehaltsaufbesserung nur einer Regelung die Zustimmung erteilen, die eine Erhöhung der Stundenlöhne bzw. Gehälter vorsieht, und ihre gesamten Kräfte in dieser Hinsicht einsetzen.“

Die Funktionärerversammlung beauftragt die Spitzenorganisationen, bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Regelung der Ortszuschläge einen Ausgleich der Löhne und Gehälter für Berlin anzustreben.“

Die folgende Entschlieung fand ebenfalls die Zustimmung der Versammlung:

„Die Arbeiter der Werkstatt der Wasserwerke Berlins beauftragen das Lohnkartell, bei den Spitzenorganisationen dahin zu wirken, daß den Arbeitern des Reichs, der Länder und der Gemeinden aus Anlaß der Erhöhung der Wohnungsbaubausgabe und der Beiträge zu den sozialen Versicherungen, rückwirkend ab 1. Januar d. J., ein entsprechender Pauschalbetrag zur Abgeltung der Beträge gezahlt wird.“

Verbandsstag der angestellten Dentisten.

Am 1. April fand der erste Verbandsstag des Verbandes der angestellten Dentisten und Helferrinnen, sich Berlin, im Saale der Alten Geheimratskneipe in Berlin statt. Die einzelnen Landesverbände und Ortsgruppen hatten zahlungsgemäß delegierte entsandt.

Die Versammlung, die von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends dauerte, hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu verabschieden. Neben dem Geschäftsbericht und den Berichten der einzelnen Landesverbände nahm die Beratung über die Aenderung der Satzungen und über die Ausgestaltung des Verbandsorgans größeren Raum ein.

Der im Herbst vorigen Jahres erfolgte Anschluß der freigewerkschaftlichen Zahnärzteorganisation gab Veranlassung, den Namen des Verbandes zu ändern, bzw. zu ergänzen. Nach einstimmigem Beschluß heißt der Verband in Zukunft „Verband der angestellten Zahnärzte, Dentisten und Helferrinnen, sich Berlin“.

Schließlich wurde eine Erhöhung der Verbandsbeiträge beschlossen und der Vorstand in Zukunft ermächtigt, mit einer gewählten Beitragskommission von Monat zu Monat die Beiträge festzusetzen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Der Schluß der Tagung klang aus in dem Befehnis, auch im laufenden Jahre alle Kräfte anzuspannen, um mit Hilfe des Arbeiterbundes und der einzelnen Ortsorganisationen im Reich die Organisation zu stärken und das gelbe Organisationsgebilde zu überwinden.

Gegen Zuzug nach Bitterfeld, insbesondere von ungelerten Arbeitern, wendet sich der Ortsausschuß des ADGB in Bitterfeld, da dort die Betriebe voll besetzt sind. Die Arbeiter können nur noch in verkürzter Arbeitszeit beschäftigt werden. Gelernte Arbeiter, die etwa die Absicht haben, in Bitterfeld Arbeit zu nehmen, müssen sich auf dem zuständigen Arbeitsnachweis zuvor erkundigen, ob Stellen frei sind, um sich nicht unnütze Ausgaben zu machen. Der Ortsausschuß wünscht Abdruck dieser Notiz in der Arbeiterpresse.

Solche Wohnungen müßten längst überflüssig sein. Denn kein vernünftiger Arbeiter wird heute mehr auf blauen Dunst hin irgendwohin fahren, um Arbeit zu suchen. Einige Mark Fortausgaben sind immer noch leichter zu verschmerzen als Reise- und Zehrgelder. Ein organisierter Arbeiter, der an irgendeinem Orte Arbeit nehmen will, an dem er sonst keinerlei persönliche Beziehungen hat, wird sich stets an seine Organisation wenden.

Aus der niederländischen Gewerkschaftsbewegung.

Das Gesamtvermögen der beim Niederländischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen betrug Ende 1922 mehr als 4 1/2 Millionen Gulden. Im gleichen Jahre gaben diese Organisationen für Streiks und bei Aussparungen nahezu 1 1/2 Millionen Gulden aus. Andererseits erhielten die von Streiks oder Aussparungen betroffenen Verbände etwa 200 000 Gulden aus der Streikkasse des Niederländischen Gewerkschaftsbundes. Dieser Fonds umfaßt Ende des Jahres 1922 einen Betrag von über 1/2 Million Gulden.

Im Jahre 1921 zahlten die dem Niederländischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände mehr als 7 Millionen Gulden an Arbeitslose aus sowie etwa 1/2 Million Gulden an Krankenunterstützung.

In den Jahren 1920 und 1921 haben die beim Niederländischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen bei Streiks, Arbeitslosigkeit und als Krankenunterstützung insgesamt etwa 20 Millionen Gulden ausbezahlt.

Diese Ziffern zeugen von einer starken finanziellen Widerstandskraft der holländischen Gewerkschaften.

In dem Konflikt im englischen Baugewerbe ist nunmehr doch ein Abkommen erzielt worden. Die Lohnfrage wird durch Schiedspruch geregelt werden. In der Frage der Arbeitsstunden wird eine Abstimmung unter den Arbeitern erfolgen. Einseitigen wird die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen fortgesetzt.

In Paris streiken die Schneider seit einigen Tagen. Die Arbeitgeber haben nunmehr die Streikenden aufgefordert, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls die am Streik unbeteiligten Arbeiterinnen ausgesperrt würden.

Theater der Woche.
vom 15. bis 23. April.

Vollständiger: 15. 18. 21. und 22. 'Mep' dem, der Hölle, 16. und 18. Eine Waise, Der Diebstahl, 17. Das Wintermärchen, 19. Der Verführer, 20. Mein Nachbar, Opernhaus: 15. 'Mep' dem, der Hölle, 16. Die lustigen Weiber von Windsor, 18. 'Mep' dem, der Hölle, 19. Die lustigen Weiber von Windsor, 20. 'Mep' dem, der Hölle, 21. 'Mep' dem, der Hölle, 22. 'Mep' dem, der Hölle, 23. 'Mep' dem, der Hölle, 24. 'Mep' dem, der Hölle, 25. 'Mep' dem, der Hölle, 26. 'Mep' dem, der Hölle, 27. 'Mep' dem, der Hölle, 28. 'Mep' dem, der Hölle, 29. 'Mep' dem, der Hölle, 30. 'Mep' dem, der Hölle.

Neues Volks-Theater: 15. 16. 18. 19. 22. und 23. Emilia Galotti, 17. und 21. Roter Lampe, 20. Die Raute des Verliebten, Der Riese als Onkel, Große Volkoper im Theater des Westens: 15. 16. und 19. Die verkaufte Braut, 17. Die Jorenhaut, 18. und 21. Tristan und Isolde, 20. und 23. Kobold, 22. Rigoletto, Renaissance-Theater: Kampf der Geschlechter, Die Kränze, Die Hofe, Am 20., 10 1/2 Uhr nachts: Solome, Deutsches Künstler-Theater: Der Fürk von Vappenheim, Komödienhaus: Moderne Komödie, Berliner Theater: Mep' dem, der Hölle, Trianon-Theater: Professor Verhört, Festspiel-Theater: Der Raub der Sabinerinnen, Zentral-Theater: Fährschiff, Theater in der Kommandanten-Brücke: Genk und Hanna Ehler, In Ewigkeit Amen, Der Selige, Intimes Theater: Alexantris, Jagdspiel mit Musik, Die Rose im Süd, Familienfest, Kiergartenhäuser, Komische Oper: Europa fernt sich davon! - Zehnspielhaus: 'Mep' dem, der Hölle, - Westend-Theater: Die Schöne der Frauen, Neues Operetten-Theater: Rollo, die Tänzerin, Thalia-Theater: Ein Jahr ohne Liebe, Theater am Kolonnenplatz: Die kleine Arolin, Neues Theater am Ros: Terine und der Rollo, Neues Theater: Das Räuber-Heub, Waller-Theater: Der kleine Schwimmer, Walhalla-Theater: Die Liebe geht um, Theater des Ostens (Kofe-Theater): Antierich 1, 1 Tr., Kofe-Theater: Zum blauen Anker, Theater am Roskoffenbaum: H. U. H., Schloßpark-Theater: Stegk, Reines Haus: 15. und 18. Eine glückliche Ehe, Ab 17. um 7 Uhr.

Nachmittagsvorstellungen: Vollständiger: 15. Eine Waise, Der Diebstahl, 16. Die lustigen Weiber von Windsor, 17. Die lustigen Weiber von Windsor, 18. Die lustigen Weiber von Windsor, 19. Die lustigen Weiber von Windsor, 20. Die lustigen Weiber von Windsor, 21. Die lustigen Weiber von Windsor, 22. Die lustigen Weiber von Windsor, 23. Die lustigen Weiber von Windsor, 24. Die lustigen Weiber von Windsor, 25. Die lustigen Weiber von Windsor, 26. Die lustigen Weiber von Windsor, 27. Die lustigen Weiber von Windsor, 28. Die lustigen Weiber von Windsor, 29. Die lustigen Weiber von Windsor, 30. Die lustigen Weiber von Windsor.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 9

Hühneraugen

besorgt sicher das Radikalmittel
Lebewohl
Hornhaut an d. Fußsohle verschwindet durch
Lebewohl-Ballen-Scheiben
In Drog. u. Apoth. Man verl. ausdrückt „Lebewohl“

Zur Verlobung
Trauringe
Dnk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an
einfache Trauringe, gest. von 6000 M. an.
Fast alle Preislagen am Lager. Namen u. Etui
umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen
von Trauringen bei Goldgabe in 24 Stunden.
Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt!

Trauringefabrik Albert Thal & Co.,
C. 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt)

Gold Silber Platin Brillanten
kauft reell zu höchsten Tageskursen
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

BÜCHER GESUCHT

Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.

VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 15, Sächsische Str. 7 — Plötzburg 514

Damen- und Herren-Stoffe

aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammgarne, Covercoats, Tuche, moderne Streifen, Velle, Musseline usw.
Kleider- u. Futter-Selben schwarz und farbig.

Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Alte Gebisse auch zerbrochene

pro Zahn 3500, 4000 bis 6000 Mark
Gold-, Dublet-, Silberbruch kauft zum Tageskurs
Zahn-Ankaufstelle
B. Zymelski, Weißburger Str. 32

Fahrtvergütung!

Sehr billig!

Alles übertreffend!

Greifen Sie zu!

Ohne Rücksicht auf große Verluste! Ohne Rücksicht des heute weit höheren Herstellungspreises!

Herrn-Anzüge 165 000, 129 000, 95 000, 75 000, 45 000
Jünglings-Anzüge .. 75 000, 58 000, 36 000, 23 000
Sommer-Schlüpfer . 145 000, 95 000, 78 000, 52 000
Gummi-Mäntel 120 000, 75 000, 58 000, 45 000
Hosen 28 000, 22 000, 15 000, 8 500

Rechtzeitiges Erscheinen verhindert den Andrang in den Abendstunden!

Kauf erleichtert durch Anzahlung

Hugo Simon
Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmsdorfer Straße
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Der Höhepunkt billigster Angebote

Kleiderstoffe

Kleiderstoffe schwarz-weiß kariert, doppeltbreit	Meter	4 900
Popeline doppeltbreit, in vielen Farben	Meter	12 500
Schotten doppeltbreit	Meter	6 500
Zephyr hellgründig, für Oberhemden	Meter	5 300
Vollvoile doppeltbreit, weiß und neue Modelfarben	Meter	7 800
Jackenfutter zweifarbig, glatt und gemustert	Meter	10 500
Satinette in vielen Farben	Meter	3 400
Halbseidene Serge für Jackenfutter	Meter	4 900
Eolienne in vielen neuen Farben	Meter	24 500
Rohseide modelfarben, 80 cm breit	Meter	13 500

Außergewöhnlich billige Herren-Anzugstoffe

Posten III	Posten II	Posten I
Mr. 24 500	Mr. 16 500	Mr. 9 800

Damen-Konfektion

Alpaka-Mäntel schwarz und marineblau	34 000	25 000
Imprägn. Regenmäntel covercoatfarben lang und weit	49 000	38 000
Fesche Damen-Mäntel aus helleren und dunkleren Stoffen	39 000	39 000
Elegante Foulétuch-Mäntel modelfarben	59 000	59 000
Zephyr-Blusen glatt und gestreift	8 750	8 750
Voile-Jumper mit Motiven	8 500	8 500
Reinwollene Cheviot-Röcke	12 500	12 500
Frotté-Röcke weiß und gestreift	19 500	14 500
Voile-Kleider weiß und gemustert	19 500	19 500
Vollvoile-Kleider moderne Formen, hellfarbig und gemustert	32 500	29 500
Frotté-Kleider glattfarbig und gestreift	46 500	37 000

Trikotagen-Strümpfe

Herrn-Einsatzhemden hübsche Streifen	5 500	7 000
Einsatzhemden mit Kragen und Manschetten	14 500	14 500
Damen-Schlüpfer in vielen Farben	3 800	3 800
Herrn-Garnituren farbig, Jacke und Beinkleid	24 500	17 500
Damen-Strümpfe nahtlos, verstärkte Ferse und Spitze	2 450	2 450
Damen-Strümpfe Florgewebe mit Doppelsohle	4 200	4 200
Füßlinge Baumwolle	575	450
Frühjahrshandschuhe für Herren und Damen, farbig	2 300	2 300

Besonders preiswertes Angebot in **Kinderkleidchen u. Mänteln**

Indemann & Co
AKTIENGESELLSCHAFT

Kurzwaren

Maschinengarn 3 fach .. 200 Meter	495
Maschinengarn 3 fach .. 3000 Meter	2 150
Leinenzwirn 30 Meter	89
Twist Knäuel	195
Jabots reich garniert	750
Matrosen-Kragen Garnitur	1 650
Wäschestickerei	395
	275